

## **Aide-Mémoire aus Anlass des Gespräches mit Außenministerin Annalena Baerbock am 28.8.2023**

### **Organisationen:**

Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel – KOK e.V., Deutscher Frauenrat e.V., medica mondiale e.V., Women's International League for Peace and Freedom

### **Querschnittsthema / Länderthema:**

Leitlinien der feministischen Außenpolitik

Wir begrüßen die Selbstverpflichtung der Bundesregierung zu einer feministischen Außenpolitik. Die Erarbeitung der Leitlinien war ein erster wichtiger Schritt. Diese müssen nun gelebte politische Praxis werden. Denn konsequent angewandt und umgesetzt, können die Leitlinien einen wichtigen Beitrag zu Geschlechtergerechtigkeit sowie zu Frieden und Sicherheit leisten. Hierfür bedarf es sowohl der institutionellen Verankerung innerhalb des Auswärtigen Amtes als auch einer kohärent umgesetzten feministischen Politik im Aus- und Inland.

### **Beschreibung der Menschenrechtsproblematik:**

Mehrere menschenrechtliche Themen werden in den Leitlinien nicht oder nicht ausreichend adressiert. Unter anderem kritisieren wir folgende Leerstellen:

Die auch von Deutschland weithin mitgetragenen Beschlüsse zur robusteren Sicherung der EU-Außengrenzen, insbesondere das Vorhaben, beschleunigte Asylverfahren ohne rechtstaatliche Verfahren durchzuführen, hindert Schutzsuchende daran, ihren menschenrechtlichen Anspruch auf Schutz vor Verfolgung und das Recht auf Asyl wahrnehmen zu können. Stattdessen werden der seit Jahren herrschenden Rechtlosigkeit und Verelendung dort weiter Vorschub geleistet. Dem anhaltenden Sterben auf dem Weg in die Europäische Union wird so kein Einhalt geboten. Statt den Ursachen für erzwungene Migration und der massiven Gefahren auf der Flucht entgegenzuwirken, setzt die deutsche Außenpolitik den Grenzschutz und die Bekämpfung von Migration vor den Menschenrechtsschutz und setzt damit falsche Prioritäten.

Menschen auf der Flucht sowie in Kriegs- und Krisengebieten sind besonders gefährdet, ausgebeutet zu werden. Die deutsche und europäische Asyl- und Migrationspolitik tragen dazu bei, das Risiko für Gewalt, Menschenhandel und Ausbeutung für Frauen und marginalisierte Gruppen zu steigern. Es ist abzusehen, dass die sich humanitäre und rechtliche Situation von Geflüchteten durch Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen und die Unterbringung in geschlossenen Lagern ohne Zugang zu Beratung weiter verschlechtern und die Vulnerabilität der Menschen noch zunehmen wird. Schon heute berichtet ein großer Teil der Betroffenen von Menschenhandel, die in Fachberatungsstellen in Deutschland ankommen, von massiven Gewalterfahrungen und Ausbeutungssituationen. Es ist hinlänglich bekannt, dass besonders Frauen und marginalisierte Gruppen in Situationen von Flucht, Vertreibung und Migration massiven geschlechtsspezifischen Risiken ausgesetzt sind.

Die derzeitige Außenpolitik hat direkte Auswirkungen auf den Menschenrechtsschutz von vulnerablen Gruppen – auch in Deutschland. Die Zusammenarbeit mit Regimen und Politiken, die die Menschenrechte missachten, unterläuft den Anspruch, Demokratie weltweit zu stärken und steht im eklatanten Widerspruch der proklamierten feministischen Außenpolitik.

Auch bezüglich der Bekämpfung von sexualisierter Gewalt in bewaffneten Konflikten greifen die Leitlinien zu kurz. Es reicht nicht aus, einzelne Leuchtturmprojekte auf den Weg zu bringen. Vielmehr müssen die strukturellen Ursachen geschlechtsspezifischer Gewalt in den Blick genommen und effektive Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. Es gilt strukturelle Diskriminierung und das Machtungleichgewicht in patriarchalen Gesellschaften zu überwinden. Die Bedarfe von Überlebenden müssen in den Fokus gestellt werden. Sie benötigen Zugang zu traumasensibler,

langfristiger und ganzheitlicher Unterstützung und gesundheitlicher Versorgung. Darüber hinaus werden Aktivist:innen und Frauenrechtsorganisationen in betroffenen Regionen, die Überlebenden

von sexualisierter Gewalt Unterstützung bieten und sich politisch und gesellschaftlich für einen Wandel einsetzen, häufig bedroht, verfolgt und an ihrer Arbeit gehindert. Kleine, feministische Organisationen im In- und Ausland haben bislang kaum Zugang zu finanzieller Förderung.

Feministische Außenpolitik bedeutet ein umfassendes Verständnis von Sicherheit. Hierzu gehört unter anderem das Recht auf Zugang zu medizinischer Versorgung. Menschen mit Behinderung, LSBTIQ+ und Geflüchtete haben nachweislich einen schlechteren Zugang zur Gesundheitsversorgung, Schwangerschaftsabbrüche werden nach wie vor kriminalisiert. Eine angemessene Gesundheitsversorgung ist besonders in Flucht- und Krisenkontexten relevant, aber auch in Deutschland selbst haben viele Menschen keinen umfassenden Zugang zu Gesundheitsversorgung.

Aus feministischer Perspektive sind auch eine restriktive Rüstungsexportkontrolle und die Stärkung von Abrüstungsinitiativen zentral. Dies geht über die in den Leitlinien erwähnte «humanitäre» Rüstungskontrolle hinaus. Deutschland ist einer der größten Waffenexporteure der Welt. Der Einsatz konventioneller Waffensysteme in Kriegssituationen hat massive geschlechtsspezifische Auswirkungen auf Frauen und Familien. Zudem ist Deutschland nach wie vor dem Atomwaffenverbotsvertrag nicht beigetreten, obwohl dieser auf eine Welt ohne Atomwaffen und damit die konsequente Ächtung von Atomwaffen abzielt und ihre humanitären und geschlechtsspezifischen Folgen berücksichtigt.

#### **Konkrete Anfragen bzw. Empfehlungen:**

Anschließend an die beschriebenen Menschenrechtsproblematiken fordern wir ein menschenrechtskonformes und solidarisches europäisches Asylsystem. Dazu gehören auch die Einrichtung von legalen und sicheren Fluchtrouten und die Schaffung von langfristigen Integrationsstrategien für Ankommende.

Wir fordern die Ausweitung und Sicherstellung eines flächendeckenden und bedarfsgerechten Unterstützungssystems für Betroffene von Gewalt, Menschenhandel und Ausbeutung - insbesondere für Frauen und marginalisierte Gruppen.

Wir fordern einen ganzheitlichen Ansatz zur Bekämpfung von sexualisierter Gewalt in bewaffneten Konflikten, der darauf abzielt, die Ursachen der Gewalt zu überwinden und Überlebende langfristig zu unterstützen.

Wir fordern, dass die Leitlinien der feministischen Außenpolitik unter Einbeziehung feministischer Expert:innen und in enger und transparenter Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft verstetigt und mithilfe eines intersektionalen und anti-kolonialen Ansatzes weiter ausdifferenziert werden. Nur so kann der nötige Kulturwandel gelingen, mit dem feministische Zivilgesellschaft weltweit als Verbündete auf Augenhöhe anerkannt wird.

Bei allen Maßnahmen muss ein besonderer Fokus auf marginalisierte und mehrfachdiskriminierte Gruppen gelegt werden. Es ist unabdingbar, dass der menschenrechtliche Schutz von vulnerablen Menschen sichergestellt wird. Die derzeitige Politik, die völkerrechtliche Übereinkommen zum Gewaltschutz (wie bspw. die Istanbul-Konvention) konterkariert und den Menschenrechtsschutz in Europa und Deutschland aushöhlt, lehnen wir ab.

Wir fordern, dass das Auswärtige Amt dringend Finanzierungs- und Förderinstrumente auch auf die Bedarfe kleinerer, feministischer Organisationen abstimmt und insbesondere die Teilhabe und Mitbestimmung von mehrfachdiskriminierten Personen, Menschen mit Behinderungen und LSBTIQ+ fördert. Aktivist:innen und Frauenrechtsorganisationen in Krisen- und Konfliktkontexten müssen vor Ort langfristig unterstützt werden. Hier muss eine feministische Außenpolitik hinschauen und mit Schutzmaßnahmen sowie angemessener Finanzierung unterstützen.